



Beispiel des BSB-Engagements für die vom Stadtrat jahrelang sabotierte Sportanlage Hagenbuechen

Zuerst die Sportanlage Bülach!

Die regionale Sportanlage in 2.Etappe

Zwei Hindernisse sind gemäss Stadtrat schuld, dass man im seit dem Jahr 2000 rechtsgültig eingezonten Hagenbuechen die dringenden drei Fussballfelder und vier Tennisplätze kurzfristig nicht realisieren könne.

Beide Ursachen sind in der Exekutive hausgemacht Die fehlende Zufahrt war bis 2008 im Verkehrsrichtplan planungsrechtlich sichergestellt. Dann wurde sie auf Antrag des Bauvorstehers vom Parlament ersatzlos gestrichen. Der Beschluss wurde von der damaligen Parlamentspräsidentin und Pächterin des Hagenbuechen-Areals unterzeichnet. Im Jahr 2017 erreichte sie gar eine Pachtverlängerung bis Ende 2024 und ist nun (inzwischen Stadträtin) als Pächterin nicht bereit, im Interesse des Sports vorzeitig aus dem Vertrag auszusteigen. Was hat den Stadtrat 2017 bewogen, so eine Pachtverlängerung zu unterzeichnen? Ein Schelm, wer hinter diesen Vorgängen ein Eigeninteresse ihrer Stadträtin vermutet und ein Staunen über

die Disposition der Sport- und Bauvorsteher. Diese Vorgänge führen zu millionenteuren Provisorien in der alten Sportinfrastruktur.

Nun hat der Stadtrat eine Kommission ins Leben gerufen, um mit den Kreisgemeinden gar eine regionale Grosssportanlage im Erachfeld zu planen, wofür zuerst die Bedürfnisse zu klären seien. Für diese viel grössere Anlage, die geschätzte 100 Millionen wohl überschreiten wird, soll auf noch nicht eigenem Land, das auch nicht eingezont ist realisiert werden. Ob die Kreisgemeinden die entsprechenden Investitionen je durch die Gemeindeversammlungen bringen??

Unsere Ansicht, dass prioritär die Bülacher Bedürfnisse in Hagenbuechen realisiert werden, lange bevor die regionale Vision im Erachfeld mehrheitsfähig wird, scheitert wohl noch lange Zeit angesichts der oben erwähnten persönlichen Interessen im Stadtrat und einzelner Mitglieder in der Kommission, die schon seit Jahrzehnten die Sportbedürfnisse sabotieren.

Schikanöse Beispiele aus dem Bauamt verärgern Bauherren und Investoren

Sture Verfügungen des Stadtbauingenieurs werden vom Bauvorsteher in Zusammenarbeit mit seinen beiden Stadtratskolleginnen im ABI (Ausschuss Bau und Infrastruktur) durch-gewinkt. Der Ermessensspielraum wird nicht genutzt, Bauherren werden vergrault. Die Stadt verliert gute Steuerzahler. Der teure Wirtschaftsförderer soll's dann wieder richten. Zoff herrscht in Sachen

Parkplätzen in der Altstadt. Planungsrechtliche Forderungen des Parlaments (Siedlungsrichtplanung und Gesamt-Verkehrskonzept) werden verzögert. Dafür wird die Anzahl der Garagenausfahrten in Bülach Nord amtlich limitiert. Für das Fliegennetz über Kirschbäumen wird eine Baubewilligung verlangt: Gebühr 2000 Franken.